

Einflussfaktoren für Kommunen

[04.05.2017] Um bei der Stadtentwicklung handlungsfähig und unabhängig zu bleiben, müssen Kommunen die Digitalisierung zur strategischen Aufgabe machen. Auch obliegt ihnen die Aufgabe, alle Bevölkerungsgruppen auf dem Weg zur Smart City mitzunehmen.

Kommunen müssen die Digitalisierung zur strategischen Aufgabe machen, um bei der Stadtentwicklung handlungsfähig und unabhängig zu bleiben. Zu diesem Ergebnis kommt eine gemeinsame Untersuchung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), von PricewaterhouseCoopers (PwC) und des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO. „Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird unsere Städte und Gemeinden ähnlich verändern wie damals das Automobil oder die Industrialisierung“, kommentiert Steffen Braun, Leiter Geschäftsfeld Mobilitäts- und Stadtsystem-Gestaltung am Fraunhofer IAO. „Agilität und Innovationsfähigkeit werden für Stadtverwaltungen zu neuen Schlüsselkompetenzen für die digitale Transformation.“ Wie das Fraunhofer IAO meldet, sind die Ergebnisse der Untersuchung zu den zentralen Einflussfaktoren der Smart City an vier Schwerpunkten aufbereitet. Mit Blick auf die Digitalisierung und die Transformation des urbanen Akteursgefüges müssen sich Kommunen demnach der Frage widmen, wer künftig mit welchem Einfluss die Geschicke der Städte lenkt. Städte müssen zentrale Ansprechpartner und Einrichtungen für Digitales und Daten etablieren. Auch müssen sie Strategien und Kompetenzen entwickeln, Datenhoheit als Standortfaktor ansehen und kommunale Unternehmen zu digitalen Kompetenzträgern machen. Mit Blick auf den Strukturwandel in Zeiten der Digitalisierung und die damit einhergehende neue Stadtökonomie sollten sich die Kommunen laut der Untersuchung für die künftigen Anforderungen der Wirtschaft sensibilisieren. Sie benötigen laut der Untersuchung eine flexiblere Stadtplanung, zentrale Koordinierungs- und Steuerungseinheiten, eine kommunale Daten- und Kommunikationsinfrastruktur, neue Kooperations- und Finanzierungsmodelle sowie Netzwerke für die digitale Bildung.

Bürger mitnehmen

Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Thema Bürgerbeteiligung im digitalen Zeitalter. Empfohlen wird, dass Kommunen Big Data für sich nutzen, digitale Beteiligungsmöglichkeiten fallorientiert einsetzen, bestehende Bürgerinitiativen einbinden, neue Anreizformate schaffen und den interkommunalen Austausch stärken. Der vierte Schwerpunkt schließlich widmet sich der digitalen Integration als Basis für smarte Städte. Kommunen haben demnach die Aufgabe, die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen in der Smart City zu sichern. Sie müssen Barrieren durch neue Technologien abbauen, anwenderfreundlich und lokalspezifisch denken, Datensicherheit gewährleisten, digitale Bildungsangebote aufbauen, E-Government ausbauen und innovative Unternehmen fördern. „Stadtpolitik muss die Technologien in das Planungshandeln integrieren und sie für eine ökologisch, sozial und wirtschaftlich ausgewogene Stadtentwicklung nutzen“, kommentiert BBSR-Direktor Harald Herrmann. „Es kommt darauf an, möglichst allen Menschen einen einfachen Zugang zu den neuen Technologien zu ermöglichen und Barrieren abzubauen. Nur so lässt sich Bürgerbeteiligung intensivieren und einer digitalen Spaltung entgegenwirken.“ Die Studie hat das Projekt-Team laut Fraunhofer IAO im Rahmen des Programms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau des Bundesbauministeriums (BMUB) realisiert. Sie ist in vier Publikationen aufgeteilt und kann auf der Website des BBSR abgerufen werden. Zwischenergebnisse seien bereits von der Dialogplattform Smart Cities aufgegriffen worden, die das BMUB im Rahmen des

interministeriellen Arbeitskreises Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive eingerichtet hat. Die Studienergebnisse werden dort bei der Erarbeitung einer Smart-City-Charta für Deutschland berücksichtigt.

(ve)

Stichwörter: Politik, PricewaterhouseCoopers, BBSR, Fraunhofer IAO